

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint werktags 16 Uhr. Bezugspreis monatlich 2 RM. frei Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. Inland. Einzelhefte 10 Pf. Alle Postgebühren, Postzinsen, Anzeigen- und Geschäftsveränderungen entgegenzunehmen. Inland: 10 Pf. Ausland: 15 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Druck- und Anzeigenverwaltung: Wilsdruff, Dresden 2640. Abrechnung: Dresden 2640. Mittwoch, den 5. Juli 1939



Wilsdruff, Dresden 2640. Abrechnung: Dresden 2640. Mittwoch, den 5. Juli 1939

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts

Bekanntmachungen des Landrates zu Meißten und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Rosten sowie des Forstrentamts Tharandt

Nr. 153 — 98. Jahrgang Drahtanschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 5. Juli 1939

Blamabler Rückzug

Die Einkreisungsstrategien martinierten die „Weiße Welle“

Die Einkreisungsstrategien in London und Paris suchen ihren blamablen Reifegrad, den sie mit ihren alarmierenden Voraussagen von dem angeblich geplanten Wocheneinsatz in Danzig erleben mussten, in einer Weise zu verwaschen, der ihre hoffnungslose Blamage nur noch unterzweifeln kann. Denn allmählich lernt auch der Pariser, „Madame“ von „Tatfaden“ zu unterscheiden. Um so kraftvoller werden die Londoner und Pariser Zeitungen, um ihren Reifegrad zu verschleiern und den Leser von dem peinlichen Thema der sich immer noch unerlöst hinziehenden Wocheneinkreisungsverhandlungen abzulenken.

Der Führer hat seine Pläne, Danzig über Wochenende ins Reich zurückzuholen, vor der furchtbaren Entscheidung der Demokratie aufgeben müssen. Das ist auch am Dienstag nach der Tenor der Pariser und Londoner Artikel, die sich mit der freien Stadt beschäftigen, und man versucht diese Meinung auch in anderen, besonders südafrikanischen Ländern, die sich den Stimmengängen aus dem Lager der Garantie-Strategien verschließen, zu verbreiten. Die verschiedenen Vorkämpferempfindungen und Vorkämpferrollen geben Anlaß, immer wieder zu betonen, daß ein „Gewaltverbrechen“ gegen Danzig den allgemeinen Krieg entfesseln würde. Denn wie schon Chamberlain das Verhalten der Polen in schäblicher Ordnung findet, so hat sich die Presse der Garantestaaten längst daran gewöhnt, Tag für Tag ein Feuer zu legen und den östlichen Grenzgebiet zu noch herausfordernder Sprache zu ermuntern. Ja, man stellt die Dinge völlig auf den Kopf. Statt es die Liverpooler „Daily Post“ heute doch sogar fertig, eine „Bedrohung“ der polnischen Unabhängigkeit durch Danzig an die Wand zu malen, in welchem Falle dann England dem von dem schrecklichen Danzig bedrohten polnischen Schicksal zu Hilfe eilen müßte. Korrektur aber soll sich Polen angeblich mit einer „launenden Note“ an Danzig begnügen; doch ist man sich weder in London noch in Paris darüber im klaren, wann und ob sie wirklich abgeschickt werden dürfte.

Im allgemeinen ist es Rückzugsgedanken, das man in der Presse der beiden westlichen Hauptstädte vernimmt. Man versucht, das Gesicht zu wahren, um an dem offenen Eingeständnis vorbeizukommen. Ein Blatt wie das Pariser „Oeuvre“ fällt sich zu der „Beilegung“ berechtigt, „der Führer“ scheint nicht die Wölfe zu haben, die Dinge in Danzig zu überziehen“ (1). Auch der „Morgens“ bemerkt weise, „Berlin“ scheint keine Wölfe aufzuzüchten zu haben“, sagt aber weiter, die Wölfe der Reichsregierung „hätten dunkel“.

In seiner Zeitung selbst war die Bezeichnung „Deutschland“ sei gedrückt worden durch die „Energie der Londoner“ und der Pariser Regierung und ihre unwiderrückliche Entschlossenheit, aber dennoch glaubt man dem Leser wenigstens eine halbe Erklärung dafür geben zu müssen, daß man vorgeföhrt noch die wilden Kriegesgefühle anstimme, heute aber ganz lachend tritt. „Figaro“ schreibt die Verantwortung dafür den „ausländischen Beobachtern in Berlin“ zu, die sich am Sonntag auf einen Fuchsjagd in Danzig „geschicklich machten“, lehi aber „ihre Ansicht geändert“ hätten. Man kann sich eine leichtfertige Auffassung von der Verantwortungsfrage eines „ausländischen Beobachters“ kaum vorstellen, als sie hier zum Ausdruck kommt, zumal auch der Berliner Korrespondent des „Oeuvre“ am gleichen Tag festzustellen bemüht ist, daß Deutschland nicht an den Krieg glaube und in Berlin alles seinen normalen ruhigen Verlauf nehme.

Durch Unklarheit und Gemeinheit zeichnet sich der Einkreisungsvertrag des betont deutschfeindlichen „News Chronicle“ für den blamablen Rückzug aus, in dem der bekannte Herr Vernon Bartlett behauptet, die alarmierenden Gerüchte am Wochenende seien „nur von den Nazis“ (1) in die Welt gesetzt“ worden, „um die Reaktion in London auszulösen“. Schließt diese einseitige Behauptung, die von vornherein nicht den Anspruch erheben kann, selbst nur in der bereits vergessenen und verwirren Londoner und Pariser Demonstrationen ernstgenommen zu werden, nicht das Gesandnis der planmäßigen Greueldege und Brannenvergeltung ein? Ungeachtet hat „News Chronicle“ mit dieser dümmlichen Lüge das System jener Kreise bloßgestellt, die bedenkenlos auf einen neuen Krieg losfahren und glauben, das Spiel von 1914 mit dem deutschen Volk wiederholen zu können.

Polnische Boykotttheke

In verschiedenen Teilen Polensündigt sich eine neue Verstärkung der Boykotttheke gegen den deutschen Handel an. So wird aus Lodz berichtet, daß dortige kaufmännische Organisationen eine Aktion eingeleitet haben, um die aus dem Reich eingeführten deutschen Waren vom polnischen Markt zu entfernen. Gleichzeitig will man auch gegen deutsche Firmen in Polen vorgehen, die als „Feinde Polens“ bezeichnet werden müßten. Der seit dem Jahre 1916 in Lodz bei Lodz bestehende deutsche Gefangenenverein müßte sehr auf Grund eines Beschlusses des zuständigen Starosten seine Tätigkeit einstellen.

Die dem polnischen Landwirtschaftsminister nachstehende Wochenchrift „Zespol“ fordert die beschleunigte Verzeileitung, das heißt richtiger Erkennung des deutschen Grundbesitzes in Polen und dem ethnischen Westpreußen. Die „Marxistische“ so heißt es in der genannten Wochenchrift, sei gegenüber dem deutschen Großgrundbesitz in den Westgebieten viel zu milde angewandelt worden.

Neuer Zwischenfall in Ostgalizien

Polnischer Polizeibeamter erschossen — Folge der polnischen Minderheitenpolitik

In Ostgalizien wurde erneut ein polnischer Polizeibeamter im Kampf mit einem Ukrainer erschossen. Die amtliche polnische Veröffentlichung versucht, den Fall zu bagatelisieren. Welche Bedeutung von Seiten der polnischen Behörden diesem erneuten Zwischenfall aber beigemessen wird, geht aus der Tatsache hervor, daß sich der Chef der polnischen Polizei, General Jankowski, an den Tatort begeben hat.

Frivoles Spiel mit Menschenleben

Italien mahnt Polen zur Umkehr

Unter Hinweis auf die Lügenhaftigkeit um Danzig schreibt das italienische Blatt „Resto del Carlino“, die Geschichte lehre, daß man nicht in aller Ewigkeit den Willen der Völker missachten könne. Die Bevölkerung von Danzig habe so gut wie einstimmig zu erkennen gegeben, daß sie in den Schoß des Großdeutschen Reiches zurückkehren wünsche. Diesen präzisen und stolzen Willen widersehe sich Polen, das damit zeige, daß es die in der Vergangenheit selbst erlittenen Demütigungen bereits vergessen habe; und es widerlegte sich England und Frankreich, also jene Karotten, die noch die Unvergleichlichkeit befehen, sich demokratisch zu nennen.

Indem die Regierung von Warschau sich gegen eine gerechte Lösung des Problems von Danzig und des Korridors stemme, setze sie das Leben von Millionen Menschen in ganz Europa auf Spiel und riskiere schließlich die nationale Existenz Polens.

Englands unsinniges Versprechen an Polen

Im „Manchester Guardian“ erklärt Lord Taxis, ein bekanntes Oberhausmitglied (konservativ) eindeutig, daß ein Krieg wegen Danzig Unsinns sein würde. Lord Taxis beklagt sich darüber, daß englischerseits jegliche konstruktive Friedenspolitik vernachlässigt worden sei. Man könne nur hoffen, daß man jetzt einsehe, daß die Trennung Danzigs von Deutschland — und Danzig sei eine deutsche Stadt — ein völlig unzureichender Grund für einen Weltkrieg sei. Es sei schämig genug, ein unsinniges Versprechen abzugeben, noch schlimmer aber, ein solches einzuhalten. Die Schlichterei von Millionen für eine Sache, die nicht völlig gerechtfertigt sei, habe mit Ehre nichts zu tun.

Danismache Chamberlains

Englands Premierminister unterstützt Lügenhaft um Danzig

Auf eine Frage gab Premierminister Chamberlain im englischen Unterhaus gewisse „Informationen über Danzig“ bekannt. Diese eigenartigen Informationen nahmen u. a. Bezug auf Maßnahmen des Danziger Senats zur Verstärkung des Polizeikörpers, nach den Worten Chamberlains seien das „extensive Maßnahmen militärischen Charakters“. In derselben Sitzung fragte u. a. auch ein Labour-Abgeordneter, ob die britische Regierung nicht Warschau ihre Bewunderung über die Ruhe, den Mut und die Selbstdisziplin übermitteln wolle. Chamberlain antwortete, die britische Regierung „wisse die polnische Haltung sehr zu würdigen“.

Wir haben seit langem die Erfahrung gemacht, daß die englische Regierung sich sehr oft recht einseitig informieren läßt. Deshalb verwundert uns diese neue Erklärung Chamberlains nicht. Aber wir sind immerhin erstaunt, daß Herr Chamberlain über Dinge, die der ganzen Welt bekannt sind, so wenig Sachkenntnis zeigt. Wir fragen: Wer hat mobilisiert? Wer hat vorgeschlagen? Wer hat vorgeplant? Wer hat entworfen? Wer macht Panik? Ist das, was diese Fragen einschließen, eine Haltung, die Lob verdient? Und noch eins: Glaubt Herr Chamberlain vielleicht, daß die freie Stadt Danzig mit ihren legal verstärkten Polizeikräften einen Anfall zur Eroberung Polens machen will? Polseht ist zur Verteidigung da; und vielleicht erkundigt sich die englische Regierung in Danzig, von wem sich diese deutsche Stadt bedroht fühlt.

War es nicht Herr Denda, der erklärte, Polen hätte nicht nur etwas zu verteidigen, sondern etwas zu erobern? Hat

nicht vor einigen Tagen General Haller in Paris erklärt, daß bis in Frankreich lebenden polnischen Legionäre sich in Danzig treffen wollten? 1919 hatte Herr Haller dieselbe Absicht. Damals protestierten die alliierten Mächte dagegen. Heute scheint man solchen Entschlüssen nicht unsympathisch gegenüberzugehen; veränderte Umstände verlangen veränderte Entscheidungen, so sagte ja Herr Chamberlain kürzlich. Es ist das Zaubervorteil für jeden politischen Unfall. Wir können nur eins wiederholen: Zuviel der Worte, Herr Chamberlain, und noch mehr: Zuviel der Unwahrheiten, Herr Chamberlain.

„Danziger Vorpösten“ antwortet Chamberlain

Unter der Aufforderung: „Herr Chamberlain, holen Sie Ihre Informationen über Danzig vom britischen Konsulat in Danzig und nicht von der polnischen Botschaft in London!“ bringt die Zeitung „Danziger Vorpösten“ eine Erwiderung auf die Chamberlain-Erklärung im Unterhaus, in der Englands Ministerpräsident die Lage in den schwärzlichen Farben malte und sich damit zum Sprecher der Panikmacher machte.

Das Danziger Blatt schreibt u. a.: Herr Chamberlain Sie haben es sich in den Kopf gesetzt, den Verlust zu unternehmen, die Eingliederung unserer Danziger Bevölkerung in das Großdeutsche Reich zu verhindern! Welches sind Ihre Beweggründe, da Ihnen die Verwirklichung unserer Ansprüche hinreichend bekannt sein müßte? Oder ist es wahr, daß Ihre Informationen über das historische Danzig aus derselben Quelle stammen wie Ihre angeblich zuverlässigen Berichte über aktuelle Ereignisse in Danzig? Wenn Ihre Kenntnis von dem tatsächlichen Zustand in Danzig, wie Sie ihn vor dem englischen Parlament schilderten, derjenigen Kenntnis der 700-jährigen Vergangenheit Danzigs entspricht, haben wir bisher absolut falsche Vorstellungen über den Wissensbereich und die Sachkenntnis eines britischen Premieres gehabt.

Der britische Ministerpräsident hat es bei einer Rede im Unterhaus für zweckmäßig gehalten eine Information aus Warschau als glaubhaft und zuverlässig hinzuzufügen. Wie sind der Ansicht, daß ein so wichtiger Politiker wie Chamberlain, wenn er sich schon mit einer Information identifiziert, um nicht an einer zweiten Stelle sich eine Bekräftigung für eine von ihm vertretene Behauptung besorgt. Das wäre ihm leicht gefallen.

Chamberlain hat erklärt, ihm zugegangene zuverlässige Berichte wiesen darauf hin, daß in Danzig „große und steigende Zahlen deutscher Staatsbürger offensichtlich als Touristen und folgende Zahlen reichdeutschen Militärs offensichtlich als Touristen getarnt eingetreten sein sollen“. Diese Behauptung ist unwahr. Sie ist genau so in Warschau ersunden wie der angebliche Wocheneinsatz, mit dem sich das englische Kabinett durch seine vorgeschobene Rechtsung am Sonntag bereits hinreichend blamiert hat. Die englischen Politiker würden Lug daran tun, in der Unterrichtung über Ereignisse im Zusammenhang mit dem deutsch-polnischen Gegensatz nicht einseitig auf Warschau zu hören.

Wir sind in der Lage, ausdrücklich zu dementsagen, daß sich reichdeutsche Soldaten, Angehörige der deutschen Wehrmacht reichdeutscher Staatsangehörigkeit auf Danziger Boden befinden. Sie sind überhaupt nicht da, weder als in Danziger Uniform gekleidete Polizeikräfte noch als zivile Touristen.

Jam Schicksal der Auslassung heißt es: Die Danziger Bevölkerung hat die Drohungen polnischer Militärs und Politiker, Danzig müßte erobert werden, zwar nicht ganz ernst genommen, aber man kann es bemerken, die über die Sicherheit Danzigs zu wachen haben, nicht belächeln, wenn sie Vorbereitungen für polizeiliche Schutzmaßnahmen treffen. Sich militärisch zu rüsten hat Danzig keine Veranlassung, weil im Ernstfall die reichdeutschen Garnisonen in dichtester Nähe liegen.

Ragenjammer bei den Einkreisern

„Immer noch Meinungsverschiedenheiten“ in Moskau

In London und in Paris herrscht bei den verantwortlichen Kriegshehern Ragenjammer. Man hat das englische und französische Volk mit der Kriegshehe nervös gemacht und das gefährliche Spiel der Einkreisung der Reichsmächte betrieben, ist aber jetzt verzweifelt, weil Moskau die letzte Schulter zeigt. Darob große Betrübnis bei den Einkreisungshehern in England und Frankreich, weil ohne die sowjetrussische Waffenhilfe England und Frankreich hoffnungslos in die Zukunft schauen müssen.

Es ist kennzeichnend für die Regierungen der westlichen Demokratien, daß ihre führenden Männer intim dinnieren und dabei ihre Einkreisungspläne besprechen. Keinem anderen Zweck dienen ein Essen in Paris, bei dem Ministerpräsident Daladier und der englische Kriegsminister Lord Bellona zusammenkamen. Dabei ist, wie die jugoslawische Zeitung „Trem“ schreibt, bereits die Frage der Zusammenarbeit der französischen und englischen Armee für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen mit den Sowjets überpruft worden. In London wartet indessen der Regierungskonferenz Chamberlain auf die Antwort der Sowjetregierung auf Grund der letzten Verhandlungen in Moskau und weigert sich, die Regierde des englischen Unterhauses zu befrichtigen. Es ist verständlich, daß verlegenes Schwelzen in London herrscht

und die Einkreisungsheer sehr betrübt sind. Trotz aller Versprechungen“ der britischen Unterhändler in Moskau belächeln nach dem „Daily Herald“ immer noch „einige Meinungsverschiedenheiten“. Die englische Presse rechnet mit weiteren Besprechungen in der sowjetrussischen Hauptstadt.

Kleine Staaten meutern gegen „Garantien“

Die Vertreter Dänemarks, Schwedens und Finnlands in London sind einer Meldung des „Kurier Warhatski“ zufolge im Foreign Office vorliegend geworden, um im Auftrage ihrer Regierungen zu erklären, daß ihre Staaten in einem eventuellen englisch-französisch-sowjetrussischen Abkommen nicht genannt zu werden wünschen. Der Vizeer „Sun“ veröffentlicht ferner die Auslassung des holländischen Regierungsdirektors über die Moskauer Verhandlungen, in der der dringende Wunsch zum Ausdruck kommt, aus dem englisch-französischen Einkreisungsabkommen herausgefallen und vor allem nicht durch eine völlig uneinseitige „Garantie“ überschattet zu werden. Das Blatt heißt hierzu fest, daß sich die Schwedens in derselben Lage befindet wie Holland.

Neuseeland schickt keine Expeditionsarmee“

Der neuseeländische Finanzminister Raib, der sich mit